Morgen-Ausgabe

Deutsches Nachrichtenbüro G.m.b.H.

(Alles Manuskript gedruckt, Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

3. Jahrg. 1936	Berlin, Mittwoch, 10. Juni	Nr. 748

Die Reichsregierung empfängt den Gemeindekongreß.

Berlin, 10. Juni. Der Reichs- und Preußische Minister des Innern hatte am Dienstag abend im Namen der Reichsregierung aus Anlaß des VI. Internationalen Gemeindekongresses zu einem Empfang eingeladen. Der Weiße Saal des Berliner Schlosses und die anschließenden festlichen Räumen gaben den festlichen Rahmen für diesen festlichen Höhepunkt des Internationalen Gemeindekongresses.

Der Abend wurde durch ein Konzert eingeleitet. Das Havemann-Quartett (Gustav Havemann, Karl Steiner, Hans Mahlke und Adolf Steiner) spielte das Streichquartett C-moll von Beethoven. Erna Berger von der Staatsoper Berlin sang Arien von Händel, Mozart und Rossini.

Nach dem Konzert gab Reichsminister Dr. Frick in den anschließenden Festräumen des Schlosses einen Empfang, zu dem die führenden Persönlichkeiten der ausländischen und inländischen Delegationen eingeladen waren. Von der Reichsregierung nahmen außer dem Reichsminister Dr. Frick die Reichsminister Graf Schwerin-Krosigk und Darré sowie die Staatssekretäre Pfundtner, Reinhardt, Zschintsch, Dr. Stuckart, und die Ministerialdirektoren Suren, von Staa, Hog und Olscher und der Gauleiter und Oberpräsident Schwedetei. Es waren weiter anwesend der spanische Botschafter und die Gesandten von Oesterreich und der Schweiz sowie der polnische und der lettische Geschäftsträger.

Der Minister begrüßte unter den ausländischen Gästen den Präsidenten des Internationalen Gemeindeverbandes, Professor Montagu Harris und die Vizepräsidenten Bromilow und Hill und alle Führer der ausländischen Delegationen, darunter zahlreiche Oberbürgermeister und Kommunalpolitiker aus 35 Kulturstaaten.

An dem Empfang nahmen weiter viele leitende deutsche Kommunalpolitiker teil, unter ihnen der Vorsitzende des Deutschen Gemeindetages, Oberbürgermeister Fiehler, und seine Stellvertreter, Oberbürgermeister Weidemann, der geschäftsführende Präsident Dr. Jeserich, Vizepräsident Dr. Zeitler, die Landeshauptleute Otto (Merseburg), von Boeckmann (Breslau) und Koldow (Münster). Von den zahlreich erschienenen Oberbürgermeistern seien genannt u. a. der Regierende Bürgermeister Krogmann, Dr. Goerdeler, Goerner, Riesen, Friedrichs, Strölin, Menge und Will.

Die Gäste blieben noch lange in lebhafter Unterhaltung in den festlichen Räumen zusammen.

Die Wehrmacht übernimmt das Olympische Dorf.

Berlin, 9. Juni. Nachdem das Olympische Dorf endgültig fertiggestellt worden ist, erfolgte am Dienstag vormittag die offizielle Uebergabe der Wohnstätte für die olympischen Kämpfer an den Auftraggeber, das Reichskriegsministerium, durch feierliche Uebergabe der Schlüssel an den Reichskriegsminister, Generalfeldmarschall von Blomberg.

Regierungsbaumeister a. D. March schilderte in einer kurzen Ansprache die ihm gestellte Aufgabe und erläuterte ihre Lösung. Generalfeldmarschall von Blomberg sprach seinen Dank aus an alle, die an die Erstellung dieser einzigartigen Wohnstätte für die olympischen Kämpfer mitgewirkt haben.

Die Rundfunkteilnehmer am 1. Juni.

Berlin, 9. Juni. Die Gesamtzahl der Rundfunkteilnehmer im Deutschen Reich betrug am 1. Juni 7 517 240 gegenüber 7 599 252 am 1. Mai. Im Mai ist mithin eine Abnahme von 82 012 Teilnehmern (— 1,1 v. H.) eingetreten. Unter der Gesamtzahl am 1. Juni befanden sich 568 224 Teilnehmer, denen die Rundfunkgebühren erlassen sind.

Zeberey vor der Athener deutschen Kolonie.

Athen, 9. Juni. Der Gauamtsleiter der Auslandsorganisation, Zeberer, hielt am Dienstag in Athen einen Vortrag über den deutschen Sozialismus. Trotz der sommerlichen Hitze war die deutsche Kolonie vollzählig erschienen und sollte den Schilderungen über die in der Heimat durchgeführte Riesenarbeit auf allen Sozialgebieten begeisterten Beifall.

König Eduard VIII. empfängt den Kriegsgräberausschuß.

London, 9. Juni. Der König von England empfing am Dienstag die Mitglieder des deutsch-englisch-französischen Kriegsgräberausschusses. Von deutscher Seite waren u. a. General von Seeckt, auf französischer Seite General Guillaumat zugegen.

Einigung im nordfranzösischen Bergarbeiterstreik.

Paris, 10. Juni. Die rückläufige Bewegung in den Streiks in Frankreich scheint sich allmählich stärker durchzusetzen. In der Nacht zum Mittwoch kam ein Abkommen zustande, durch das der Streik der Bergarbeiter in Nordfrankreich beigelegt werden konnte. Dieses Abkommen sieht eine allgemeine Lohnerhöhung von 12 v. H. vor. Am Donnerstag soll in sämtlichen Bergwerken die Arbeit wiederaufgenommen werden. In Paris erfolgte eine Einigung im Kleinhandel und im Versicherungsgewerbe, die den Streik in diesen Wirtschaftszweigen ein Ende setzt. Hingegen sind in Toulouse jetzt auch die Arbeiter des Baugewerbes und verwandter Gewerbe in den Streik getreten.

Während die der Regierung nahestehenden Blätter die bisher erreichten „Siege der Arbeiterschaft" bereitwilig hervorheben, versuchen die Blätter der Rechten nachzuweisen, daß die Tatsachen dem ausgegebenen Stichwort einer Entspannung nicht entsprechen. Mit Beunruhigung heben die Rechtsblätter hervor, daß am Dienstag zum ersten Male streikende Arbeiter über die Boulevards gezogen seien und die Vorübergehenden mit erhobener Faust begrüßt hätten. Auch glauben sie festgestellt zu haben, daß in manchen Fabriken, in denen die Arbeit wieder aufgenommen werden sollte, junge Kommunisten die Arbeiter zur Fortführung des Streiks zu bewegen versucht hätten. Tatsächlich hat die Regierung in einer Verlautbarung vor Provokateuren warnen müssen.

Allmählich beginnt man sich ernsthafter mit den wirtschaftlichen Auswirkungen der neuen Abkommen zu befassen. Auf der Rechten wird einmütig die Auffassung vertreten, daß eine allgemeine Preiserhöhung und Lebensverteuerung unvermeidlich sei, während die Linke sich dagegen verwahrt, daß durch unberechtigte Preissteigerungen die Arbeiter um die Früchte des Kampfes gebracht werden sollen. Die Arbeitgeber scheinen jedoch nicht gewillt zu sein, die Kosten der unmittelbaren oder mittelbaren Lohnerhöhungen selbst zu tragen. So sehen sich die Kraftfahrer, die zunächst erfreut waren, am Montag überhaupt wieder Betriebsstoff zu tanken, an der unangenehmen Ueberraschung, daß die Preise für Benzin seit der vorigen Woche um etwa 6 bis 8 v. H. erhöht worden sind. Die Textilindustrie ist bereits mit der Forderung an den Staat herangetreten, einen Ausgleich zu erhalten, um aufsubfähig zu bleiben.

Zu dieser auch für die französische Ausfuhr sehr wichtigen Frage nimmt das Wirtschaftsblatt Journée Industrielle unter der Ueberschrift „Quadratur des Kreises" Stellung. Unter Einrechnung der Verkürzung der Arbeitszeit von 48 auf 40 Stunden bei gleichem Wochenlohn und unter Berücksichtigung des bezahlten Urlaubs werde die Lohnerhöhung im Durchschnitt nicht 12 v. H. betragen, wie in dem grundsätzlichen Abkommen vom Montag vorgesehen sei, sondern etwa 35 v. H. Das Blatt hält es für unmöglich, daß die Erzeugung in ihrer Gesamtheit in der Lage sei, diese Neubelastung zu tragen. Wenn aber die Erzeuger diese Erhöhung nicht auf ihre Kunden abwälzen könnten, müßten sie die Pforten ihrer Betriebe schließen. Dann werde die Arbeitslosigkeit wieder zunehmen. Könnten die 35 v. H. aber den Preisen zugeschlagen werden, so trügen die Verbraucher die Kosten des Abkommens. Wie selbst Jouhaux in Genf zugegeben habe, würden die Erzeugnisse dann unerschwinglich werden. Frankreich müsse daher seinen Zollschutz verstärken, was zu einer weiteren Preiserhöhung im Innern führen würde.

Der einzig mögliche Ausgleich, so meint das Blatt, liege in einer Senkung der übrigen allgemeinen Unkosten, wie z. B. der Steuern und des Zinssatzes. In den Ankündigungen Léon Blums seien zweifellos Andeutungen in dieser Richtung zu finden. Es sei jedoch schwierig, daran zu glauben, vor allem deshalb, da jeder Tag neue Pläne für weitere Ausgaben bringe, die den Staatshaushalt in eine Sackgasse führen müßten.

Die Streiklage in der französischen Provinz.

Paris, 10. Juni. Nach einer Mitteilung des Arbeitsministeriums soll der Streik in allen Teilen des Landes im Abflauen sein.

Aus einer ganzen Reihe von Provinzstädten liegen am Dienstag abend jedoch neue Streikmeldungen vor, und auch in den noch streikenden Betrieben konnte im Laufe des Tages eine Einigung nicht erzielt werden. Für Mittwoch mußten daher weitere Verhandlungen angesetzt werden.

In einer Fabrik in Mont Rouge bei Paris, wo die Arbeit von der Belegschaft bereits wiederaufgenommen worden war, ist der Streik erneut zum Ausbruch gekommen. Das Werk ist von den Arbeitern wieder besetzt worden.

Bei Hazebrouck sind die Arbeitslosen dem Beispiel ihrer arbeitenden Kollegen gefolgt. Eine Abordnung von etwa 80 Arbeitslosen begab sich in das Rathaus von Estaires, um Forderungen vorzubringen. Da der Bürgermeister des Ortes nicht zur Stelle war und die unteren Beamten in seiner Abwesenheit den Forderungen der Arbeitslosen nicht stattgeben konnten, besetzten diese das Rathaus und hißten neben der Trikolore die rote Fahne mit den Initialen des marxistischen Gewerkschaftsverbandes C. G. T. Auf dem Markt von Armentières und in Houplines kam es am Dienstag wegen der hohen Butter- und Eierpreise zwischen Streikenden und Bauern zu scharfen Auseinandersetzungen.

Die Dockarbeiter von Rouen sind am Dienstag in den Streik getreten. Dabei ereignete sich ein Zwischenfall. Außer einer Reihe von französischen Dampfern befestigten die streikenden Dockarbeiter auch den schwedischen Dampfer „Vivar" und den lettischen Dampfer „Kandava". Der schwedische und der lettische Konsul protestierten beim Präfekten von Rouen gegen diese Maßnahmen der Streikenden. Bevor die Polizei einschreiten konnte, wurden jedoch die beiden Schiffe von den Dockarbeitern wieder gelöst.

In Paris ereignete sich am Dienstag nachmittag gleichfalls einen Zwischenfall. Zehn mit Gummiknüppeln und Pistolen bewaffnete junge Leute versuchten in eine der von den streikenden Angestellten besetzten Pariser Versicherungsgesellschaften einzudringen. Die Streikenden verwehrten ihnen den Zutritt. Zwei junge Leute wurde von der Polizei verhaftet. Sie erlitten schwere Verletzungen.

In einer größeren Reihe französischer Hafenstädte hat sich der Streik ausgebreitet. So war am Dienstag der Hafen von Dünkirchen gesperrt. Außerdem liegen in Dünkirchen eine Werft, eine Wollschurf, das Wasserwerk, die Straßenbahn, die Müllabfuhr, eine Erdölfabrik und ein Sägewerk mit insgesamt 10 000 Arbeitern still.

In Nantes sind die Arbeiter einer Erdöllieferungsfirma, einer Kistenfabrik und einer Schuhfabrik in den Streik getreten und haben die Werke besetzt. In Bordeaux haben die Arbeiter einer Wagenfabrik den Ausstand begonnen und in St. Nazaire streiken die Bauarbeiter.

Die Hausmeister von Paris haben ebenfalls ihre Forderungen angemeldet. Sie verlangen u. a. einen Einheitsrahmenvertrag, Anerkennung des Gewerkschaftsrechts, einen Monat Urlaub im Jahr sowie die Festsetzung von Mindestlöhnen.

Eine Abordnung der Vertreter der Pariser Verkehrsgesellschaft (Autobus) hat dem Finanzministerium Forderungen bezüglich der Ruhegehälter unterbreitet.

Die französischen Kriegsschulden.

Paris, 9. Juni. Die französische Regierung hat ebenso wie die übrigen Staaten, die bei Amerika ungeregelte Kriegsschulden haben, aus Washington eine Mitteilung erhalten, in der auf die am 15. Juni fällige Zahlungsverpflichtung hingewiesen wird. Das französische Finanzministerium bereitet die Antwort auf diese Note vor.

Die sozialistischen Gesetzentwürfe der Regierung Blum.

Paris, 10. Juni. Die vor dem Regierung am Dienstag eingebrachten Gesetzentwürfe enthalten im einzelnen folgendes:

Der Entwurf über die Einführung der 40-Stundenwoche sieht vor, daß diese Neuerung ohne Herabsetzung der Wochenlöhne erfolgt.

Der Entwurf über den bezahlten Urlaub sieht in Industrie und Handel einen Jahresurlaub von 12 Arbeitstagen vor und trifft Vorsorge für die Ausbehnung dieser Maßnahme auf die freien Berufe, auf die Haushaltungsangestellten und die landwirtschaftlichen Arbeiter.

Der Gesetzentwurf über den Einheitsrahmentarif legt nicht nur die beiderseitige Bindung der Parteien, sondern auch die Vermittlerrolle und die Schiedsrichterstellung der Staatsgewalt fest.

Der vierte Gesetzentwurf sieht vor, daß die ehemaligen Frontkämpfer für ihre Ruhebezüge steuerfrei sein sollen, bis die von den Frontkämpfern seit langem gewünschte Versorgungsgasse eingerichtet sein wird, was noch vor Ende des Jahres geschehen soll.

Der fünfte Gesetzentwurf macht für die kleinen staatlichen Gehaltsempfänger die Kürzung der Laval'schen Notverordnungen rückgängig.

Die Regierung erwartet von diesen ersten Maßnahmen eine Stärkung der Kaufkraft der Massen, eine Belebung der Wirtschaft und ein Ansteigen der Steuereingänge.

Der Kattowitzer Hochverratsprozeß.

Gleiwitz, 9. Juni. Im Kattowitzer Hochverratsprozeß wurden am Dienstag weitere 30 Angeklagte vernommen. Die Aussagen brachten im allgemeinen nicht viel Neues. Die meisten von ihnen waren sich offenbar der Tragweite ihrer Handlungsweise nicht bewußt, als sie in den sogenannten Geheimbund Maniuras eintraten. So sagte der Angeklagte Eduard Bowra aus, daß er in den Geheimbund eingetreten sei und auch den sogenannten Treueid geleistet habe, ohne zu wissen, um was es sich dabei handelte. Bowra wie auch verschiedene andere Angeklagte bekonten, daß sie sich zum polnischen Volkstum bekennen und auch ihre Kinder in die polnische Schule schicken.

Am Mittwoch hofft man, die Vernehmung der restlichen Angeklagten zu beenden. Da der Donnerstag als Fronleichnamstag in Polen gesetzlicher Feiertag ist, schaltet er als Verhandlungstag aus, so daß am Freitag die Vernehmung der Zeugen erfolgen dürfte.

Warnung eines polnischen Blattes vor dem Kommunismus.

Warschau, 9. Juni. Das Warschauer Blatt Dziennik Narodowy weist auf die verstärkte Offensive der Kommunisten in Polen zum Zweck der Schaffung einer Volksfront hin. Die Ausgangspositionen seien von den Kommunisten bereits besetzt und ihre Attacke in Kürze zu erwarten. Eine Unterstützung dieser Erscheinung, die immer mehr zum Zentralproblem des politischen Lebens werde, würde in ihren Folgen verderblich sein, da die Bedingungen in Polen der Entwicklung der kommunistischen Aktion sehr günstig seien. Polen habe vor allem 3½ Millionen Juden, bei denen die kommunistische Aktion gute Aufnahme finde.

Neben den Juden mit ihrem gefährlichen Einfluß auf manche polnischen Kreise sei in Polen eine erhebliche Zahl slawischer Minderheiten vorhanden, die für die kommunistische Aktion gleichfalls einen guten Boden abgeben würden. Dazu kämen die wirtschaftliche Krise und die allgemeinen innenpolitischen Verhältnisse. Man müsse vor der drohenden kommunistischen Gefahr warnen, damit die Bevölkerung vom dem Irrglauben abgehe, daß mechanische Unterdrückungsmaßnahmen gegen den Kommunismus schützten. Gegen die kommunistische Gefahr könne nur eine einheitliche, tiefe, die Massen mitreißende nationale Idee schützen.

Mobilmachung in Südchina.

Schanghai, 9. Juni. In den südchinesischen Provinzen Kwangtung und Kwangsi ist die allgemeine Mobilmachung aller Land-, See- und Luftstreitkräfte befohlen worden. Die bisherigen Truppenstärken von 150 000 bzw. 100 000 sollen auf insgesamt 500 000 gebracht werden. Amtlich wird der Einfall von 4 Divisionen der Kwangsi-Armee in die Provinz Hunan bestätigt. Die Vorhut soll nach einer Meldung aus Tschangscha über Jungschou bereits 150 km tief in die Provinz Hunan eingedrungen und angeblich die Stadt Höngtschou erreicht haben.

Marschall Tschiangkaischek hat zur Vermeidung blutiger Zusammenstöße die Zurückziehung der Regierungstruppen aus dem südöstlichen Hunan befohlen, um solange als möglich einen Weg zu friedlicher Regelung freizulassen. In einem umfangreichen Telegramm hat Tschiangkaischek außerdem den Südwestführer Tschentschitang dringend aufgefordert, alle militärischen Vorbereitungen sofort einzustellen und ein separatistisches Vorgehen des Südwestens zu unterlassen. In diesem Telegramm äußert Tschiangkaischek weiter, daß er die patriotischen Bewegründe zwar anerkenne, aber auf die große Gefahr für den chinesischen Staat hinweisen müsse, wenn der Gesamtwiderstand durch Einzelunternehmungen geschwächt werde.

Der Präsident des Gesetzgebenden Rechtsamtes Sunfo hat ebenfalls an den Südwestführer telegraphiert und ihn aufgefordert, der bevorstehenden Vollsitzung des über die auswärtige Politik entscheidenden Zentralvollzugsausschusses nicht durch staatsgefährliche Einzelunternehmungen vorzugreifen.

Steuersteckbrief und Vermögensbeschlagnahme.

Berlin, 9. Juni. Gegen den nachstehend aufgeführten Steuerpflichtigen ist ein Steuersteckbrief erlassen worden:

Kaufmann Danny Katz, zuletzt wohnhaft in Köln-Braunsfeld, Friedrich-Schmidt-Str. 48, z. Zt. in den Haag, Van Vorschootenlaan 16, vom Finanzamt Köln-Nord wegen Reichsfluchtsteuer von RM 73 000.—.

Es ergeht hiermit die Aufforderung, den obengenannten Steuerpflichtigen, falls er im Inland betroffen wird, vorläufig festzunehmen und gemäß § 11 Abs. 2 des Reichsfluchtsteuergesetzes unverzüglich dem Amtsrichter des Bezirks, in dem die Festnahme erfolgt, vorzuführen.

Verantwortlich: Kurt Schwarzkopff, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.